

# Wie die Gemeinden im Grossen Rat ihre Trümpfe ausspielen

**Kanton Bern** Gemeinderäte, die auch im Kantonsparlament sitzen, können dort die Interessen ihrer Kommune wirkungsvoll durchsetzen. Das zeigt ein neues Buch von Politikwissenschaftlern der Universität Bern. Im bernischen Grossen Rat haben Thun und Burgdorf demnach die stärkste Lobby. Die grossen Städte Bern und Biel aber bleiben aussen vor.

Sandra Rutschi

Wenn ein Gemeindepräsident oder ein Gemeinderat im Grossen Rat sitzt, hat dies für die jeweilige Gemeinde grosse Vorteile. Was bislang vermutet wurde, belegt nun eine Studie im neuen Buch «Das Parlament in der Schweiz», herausgegeben vom Berner Politikprofessor Adrian Vatter (siehe Kasten). Mit aktuell rund 40 Gemeindeexekutivmitgliedern im Grossen Rat – und damit einem Anteil von rund 25 Prozent – bewegt sich Bern im interkantonalen Vergleich zwar im Mittelfeld. Weil Bern aber so viele Gemeinden hat wie kein anderer Kanton, sind nur wenige von ihnen im Grossen Rat vertreten.

Lediglich rund 4 Prozent der Gemeinden sandten von 2006 bis 2014 einen Gemeindepräsidenten in den Grossen Rat, wie die Studie von Uni-Bern-Doktorand Tobias Arnold zeigt. Damit belegt Bern den drittletzten Platz. «Ein Hauptgrund dafür dürfte sein, dass das Berner Parlament vergleichsweise professionell ist», sagt Arnold. Der Arbeitsaufwand eines Grossrats beträgt in Bern durchschnittlich mehr als 25 Prozent. «Gerade für Millizpolitiker aus kleineren Gemeinden ist es schwierig, dieses Pensum nebst einem Gemeinderatsamt zu meistern», sagt Arnold. Gemeindepräsidenten im Speziellen jedoch setzen sich stärker für die Anliegen ihrer Gemeinde ein als normale Regionalvertreter, zeigt die Studie. «Leute aus den Gemeindeexekutiven kennen die Probleme einer Gemeinde sehr genau. Sie müssen nicht zuerst herausfinden, wo der Schuh drückt», begründet Arnold. Gemeindepräsidenten seien zudem meist etablierte Persönlichkeiten, die wüssten, wie Politik funktioniert. «Sie sind Respektspersonen und werden entsprechend ernst genommen. Das kann auch den Weg in wichtige politische Kommissionen erleichtern.»

## Die Stärksten

Die Konsequenz: In Bern erhalten einige Gemeinden massiv mehr Gewicht im Kantonsparlament als andere. Ein Blick auf die aktuelle Zusammensetzung des Grossen Rats zeigt, dass die Städ-

«Wir im Gemeinderat betonen stets, dass eine direkte Vertretung der Bieler Exekutive im Kantonsparlament wichtig wäre.»

Erich Fehr (SP)  
Stadtpräsident Biel



te Thun und Burgdorf besonders stark vertreten sind: mit ihren Präsidenten sowie zwei Gemeinderatsmitgliedern. «Das ist für uns sicher ein Vorteil. Wir sind nahe am Geschehen, stets auf dem Laufenden und haben einen direkten Draht

in die Kantonsverwaltung», sagt Burgdorfs Stadtpräsident Stefan Berger (SP). So liessen sich Synergien nutzen. Für ihn sei deshalb klar gewesen, dass er sich zur Wahl stelle. Vorteile sieht Berger zum Beispiel bei den Diskussionen rund um das geplante

Teclab der Berner Fachhochschule oder bei der Umnutzung des Schlosses Burgdorf. Manchmal kann ein Doppelmandat aber auch zu Interessenkonflikten führen: Bergers Vorgängerin Elisabeth Zäch (SP) war Präsidentin der grossrätlichen Bildungs-

## Die Oberländer Lobby

Der Thuner Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) findet es wichtig,

dass die Thuner Exekutive gut im Parlament vertreten ist. Der Gemeinderat ist denn auch so organisiert, dass ein Mandat im Grossen Rat eine sinnvolle Ergänzung wäre. «Die persönlichen Beziehungen vereinfachen vieles.» Das habe er zum Beispiel

beim Ausbau der Empa gemerkt. Während der Spardebatte im letzten Jahr verschonte das Parlament zudem die Gartenbau-

schule Hünibach und die Hotelfachschule Thun. «Wenn das Oberland etwas will, kommt es damit durch», sagte Finanzdirek-

torin Beatrice Simon (BDP) damals im Interview mit dieser Zeitung. Auffallend ist, dass die Gemeinden im Oberland mehr Exekutivmitglieder im Grossen Rat haben als das Emmental oder der Oberaargau. Gemeinsam mit

Thun ist ihre Lobby stark. Lanz glaubt allerdings, dass vor allem der Oberländer Rat eine wichtige Rolle beim Einfluss des Oberlands im Berner Rathaus. In diesem Gremium treffen sich alle Oberländer Grossräte regelmässig zum Austausch. Organisiert

wird dies von der Volkswirtschaft Berner Oberland. Thuns Exekutivmitglieder sind in einflussreichen Kommissionen vertreten: Lanz ist Mitglied der Finanzkommission, Peter Siegenthaler (SP) präsidiert die Geschäftsprüfungskommission, Marianne Dumermuth (SP) sitzt in der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission. Dass es grundsätzlich einfacher ist, als Gemeinderat in eine wichtige Kommission aufgenommen zu werden, glaubt Lanz indes nicht. «Natürlich haben wir Kompetenzen auf diesen Gebieten», sagt der Stadtpräsident, der zugleich Finanzdirektor ist. «Aber auch andere bringen Kompetenzen mit.»

## Untervertretene Hauptstadt

Von den beiden grössten Städten im Kanton jedoch sitzen keine Exekutivmitglieder im Grossen Rat. Anders als in den kleineren Städten, wird hier bei Doppelmandaten manchmal der Vorwurf der Machtbündelung laut. «Es wäre wichtig, direkt vertreten zu sein», sagt Berns Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL). Die Doppelbelastung durch das Mandat, aber wohl auch die Angst vor dem Vorwurf der Ämterkumulierung halte davon ab. Da er noch relativ frisch im Amt sei, könne er eine solche Doppelbelastung zurzeit nicht eingehen.

## Berns Parlament ist stark

Im kürzlich erschienenen Buch «Das Parlament in der Schweiz» nehmen vorwiegend Berner Politikwissenschaftler die eidgenössischen Räte sowie die kantonalen Parlamente unter die Lupe. Bei der Bundesversammlung hinterfragen sie zum Beispiel die Wirkung von Vorstössen und befassen sich mit dem Verhältnis zwischen Stände- und Nationalrat sowie mit dem Lobbying im Bundeshaus.

Bei den kantonalen Parlamenten liegt der Fokus unter anderem auf der Kontrollfunktion, der Professionalisierung und dem Einfluss der Lokalpolitiker (siehe Haupttext). In Bezug auf Bern zeigt sich, dass der Grosse Rat zu den professionisiertersten und stärksten Kantonsparlamenten der Schweiz gehört. Dies aufgrund der Grösse des Kantons, aber auch, weil Bern vor wenigen Jahren sein Parlament neu organisiert hat.

Die Kantonshauptstadt Bern hat im Grossen Rat oft einen schweren Stand – doch ebenfalls wichtig wäre für von Graffenried eine Vertretung der Bundesstadt im Nationalrat. In jeder Session geht er im Bundeshaus vorbei, um präsent zu sein. Auch im Grossen Rat habe die Stadt ihr Lobbying verstärkt.

## Biels Kumulationsverbot

In Biel sind Doppelmandate seit einer Volksinitiative sogar verboten. Immer wieder kommt das Thema aber aufs politische Parkett, aktuell etwa im Rahmen der Totalrevision der Stadtordnung. «Der Gemeinderat betont stets, dass eine direkte Vertretung der Bieler Exekutive wichtig wäre», sagt Stadtpräsident Erich Fehr (SP).

Einmal hatte Biel die Anzahl Mandate von Gemeinderäten in Parlamenten begrenzt, später wurde diese Limite aufgehoben. Als dann die Mehrzahl der Gemeinderäte in Parlamenten war, wurde dies von den Stimmberechtigten nicht mehr goutiert. Sie nahmen die Volksinitiative an. «Insbesondere bei den Finanzvorlagen und bei der Steuer- gesetzrevision hätte uns eine Vertretung im Grossen Rat aber sehr gutgetan», ist Erich Fehr überzeugt. Die finanziell bereits stark belastete Stadt wehrt sich gegen die geplante Senkung der Unternehmenssteuern.

grund der Grösse des Kantons, aber auch, weil Bern vor wenigen Jahren sein Parlament neu organisiert hat. «Mich hat überrascht, dass die Westschweiz starke und äusserst professionelle Parlamente hat», sagt Adrian Vatter. Der ordentliche Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern ist Herausgeber des Buches. Je weiter östlich die Kantone liegen, umso weniger Macht haben die Parlamente im Vergleich zur Kantonsregierung – insbesondere in Kantonen mit einer Landesgemeinde.

Auf nationaler Ebene fand Vatter besonders interessant, dass in den letzten Jahren nachweislich Konflikte zwischen den politischen Institutionen zugenommen haben. Und damit auch die Polarisierung. (sur)

Der Migrationsdienst kann diese Kritik nicht nachvollziehen. «Die Präzisierung verdeutlicht lediglich, dass nur Sozialhilfeleistungen erhält, wer sie an der angebotenen Stelle in Anspruch nimmt», schreibt das Midl auf Nachfrage dieser Zeitung. Der Kanton schreibt der neuen Regelung zwei Funktionen zu: Einerseits sei sie ein Steuerungsinstrument, um zu prüfen, ob Steuergelder zweckmässig eingesetzt werden. Andererseits sei sie Teil der Planung der Platzkapazitäten in den Durchgangszentren. «Schlafen die Bewohnerinnen und Bewohner nur gelegentlich in den Kollektivunterkünften, kann davon ausgegangen werden, dass sie nicht mehr vollumfänglich auf Asylsozialhilfe und Betreuung angewiesen sind, sondern durch Freunde und Bekannte unterstützt werden.» In diesen Fällen müsse geprüft werden, ob diese Personen in die Phase 2 übertragen werde. Das heisst, wenn jemand von einer Kollektivunterkunft in eine eigene Wohnung wechselt. Der Kanton hält fest: «Es geht nicht um die Bekämpfung von vermutetem Missbrauch.» (phm)

## Die neue Eisbahn wird eröffnet

**Oberlangenegg** Die Sanierung der Kunsteisbahn ist abgeschlossen. Die «Hot Shot Arena» wird morgen eröffnet.



Freuen sich auf die Eröffnung (v. l.): Verwaltungsratspräsident Samuel Krähenbühl, Ernst Linder, Peter Oesch, Präsident des EHC Oberlangenegg, Eismeister Peter Stettler sowie Hanspeter Wenger Tschanz. Foto: Stefan Kammermann

Eismeister Peter Stettler und sein Team hatten in den letzten Tagen alle Hände voll zu tun. Nach Abschluss der Sanierung der Kunsteisbahn Oberlangenegg ging es in der neu «Hot Shot Arena» genannten Anlage um das Wichtigste: Es galt, rechtzeitig zur Einweihung von morgen Samstag mit viel Wasser Eis zu produzieren. «Bis Samstag wird alles aufgehen», sagt er. Was im Juni dieses Jahres in Angriff genommen wurde, findet damit nach rekordverdächtiger Bauzeit seinen Abschluss. «Dank dem grossen Einsatz aller Beteiligten konnten wir das sportliche Zeitprogramm mit einer kleinen Ver-

zögerung von zwei Wochen einhalten», betont Samuel Krähenbühl, Verwaltungsratspräsident der 3H44 AG, welche die neue Kunsteisbahn saniert hat und künftig auch betreibt.

## Jetzt mit Dach

Entstanden ist für rund drei Millionen Franken eine fast gänzlich neue Kunsteisbahn mit Überdachung. «Wir sind schon ein wenig stolz, ist es uns gelungen, das Dach und die dringend nötige Sanierung der Eisbahn zu realisieren», hält der Verwaltungspräsident fest und fügt an, dass das Baubudget voraussichtlich eingehalten werden

konnte. «Noch ist nicht alles abgerechnet, wir sind aber auf Kurs», sagt er. Zumal auch die im Mal beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals erfolgreich abgeschlossen werden konnte und eine Summe von 554 400 Franken ergeben hat.

Die 3H44 AG hat damit neu ein Aktienkapital bei 15 568 Aktien von insgesamt 536 Aktionären mit einem Gesamtbetrag von knapp 685 000 Franken. Nebst der Gemeinde Oberlangenegg, mit 70 000 Franken, unterstützen elf weitere Gemeinden, das regionale Gewerbe, die SCL Tiggers und eben zahlreiche Einzelaktionäre den Neubau der Kunst-

eisbahn und die Überdachung des Eisfeldes. Mit dem Tag der offenen Tür nimmt die neue Anlage morgen definitiv ihren Betrieb auf. Nebst den Heimmannschaften aus Oberlangenegg, Heimberg, Bumbach und Röttenbach ist in der «Hot Shot Arena» auch die Eishockeyschule der Nachwuchsorganisation HC Huskys mit rund 120 Kindern aus der ganzen Region beheimatet. Offen steht die Anlage an gewissen Tagen ebenso für freien Eislauf. Schulklassen aus der Region können das überdachte Eisfeld nach Absprache während der Schulzeit kostenlos nutzen.

**Samuel Krähenbühl,**  
Verwaltungsratspräsident  
3H44 AG.

«Dank dem Einsatz aller Beteiligten konnten wir das sportliche Zeitprogramm einhalten.»

## Planung mit Hürden

Das Projekt ist eine lange Planung mit einigen Hürden vorausgegangen. Schon 2014 wurden erste Neubaupläne geschmiedet. Insbesondere eine nötige Änderung im Zonenplan wie auch Anpassungen im Baureglement sorgten im Vorfeld für Diskussionen und Einsprachen, was zu Verzögerung führte. Auch die Parkplatzsituation vor Ort gab viel zu reden. «Alle Einwände wie auch die Parkplatzsituation konnten geregelt werden», erläutert Samuel Krähenbühl.

Stefan Kammermann

**Herausgeberin**  
Bernere Oberland Medien AG BOM  
VR-Präsident: Dr. Peter Maurer.

**REDAKTION**  
Geschäftsteilung: Stefan Geissbühler/sgt (Chefredaktor), Michael Gurtner/mik (Stv.), Alex Karlen/aka (Stv.)  
**Redaktion Berner Oberländer**  
Christoph Buchs/ob, Nathalie Günter/ngg, Samuel Günter/sgg, Claudius Jezzla/jz, Fritz Lehmann/lf, Svend Peternell/sp, Bruno Petroni/bpm, Jürg Spielmann/jss, Hans Urfer/hau  
**Redaktion Thuner Tagblatt**  
Gabriel Berger/gbs, Marc Imboden/mi, Roger Probst/rp, Barbara Schluchter-Donskij/don, Franziska Streun/stf, Marco Zysell/mz, Janine Zürcher/jzh  
**Sekretariat:** Séverine Repond, Susanne Steinmann. Postadresse: Rampenstrasse, 1, 3602 Thun. Telefon: 033 225 15 55. Fax: 033 225 15 00. Internet: www.berneroberlander.ch; www.thunertagblatt.ch. E-Mail: redaktion-bo@bom.ch, redaktion-tl@bom.ch.  
**Regionalsportredaktion:** Stephan Dietrich/stü (Leitung), Peter Berger/pbt, Adrian Horn/ahw, Adrian Lupo/alj, Reto Pfister/rpf. Adresse: Sportredaktion TT/BO, Dammweg 9, 3001 Bern. Tel: 031 330 33 33. E-Mail: sport@bom.ch.  
**Mantelressorts:** Redaktion Tamedia/Berner Zeitung, Dammweg 9, 3001 Bern. Tel.: 031 330 33 33. E-Mail: redaktion@bernerzeitung.ch

**VERLAG**  
Geschäftsteilung: Konrad Maurer, Delegierter VR (Vorsitz). Adresse: Rampenstrasse 1, 3602 Thun  
**Inserate:** Stefan Altenburg, Paul Stucki  
Adresse: Rampenstrasse 1, 3602 Thun, Telefon 033 225 15 15, E-Mail: inserate@bernerzeitung.ch, www.adbox.ch. Leiter Werbemarkt: Rudolf Lehmann

**Abonnemente:** Abonnemente BO: Tel. +41 844 038 038 (Lokaltarif Festnetz). E-Mail: abo@berneroberlander.ch  
Abonnemente TT: Tel. +41 844 036 036, (Lokaltarif Festnetz)  
E-Mail: abo@thunertagblatt.ch

**Abonnementspreise**  
12 Monate Fr. 505.00; 6 Monate Fr. 280.00; Studenten- und Ausbildungsrabatt: 30 %. Bitte Kopie Ausweis mitschicken. Die Preise verstehen sich inkl. 2.5 % Mehrwertsteuer. Einzelnummer: Montag bis Freitag Fr. 4.20 Samstag Fr. 4.90 (inkl. 2.5 % MWST). Umlieferungen und Unterbrüche Fr. 7.00 Bearbeitungsgebühr, kostenlos auf www.thunertagblatt.ch/abo. Internet: www.berneroberlander.ch, www.thunertagblatt.ch.  
**Auflage:** Gesamtauflage BZ Berner Zeitung: Vorbereitete Auflage 140036 davon verkaufte

Auflage 137256 Exemplare (WEMF/SW-belegbig).  
**Technische Herstellung:** DZB Druckzentrum Bern AG, Zentweg 7, 3001 Bern, www.zeitungsdruck.ch

**Bekanntgabe von namhaften Beteiligten**  
der Espace Media AG i. S. v. Art. 322 SGB. Berner Oberland Medien AG BOM, DZB Druckzentrum Bern AG, Schaar Thun AG.

Der Inserent erklärt sich damit einverstanden, dass die Berner Zeitung BZ die Inserate auf Onlinedienste einspeisen kann. Der Inserent ist ferner damit einverstanden, dass die Inserate, die vom Verlag abgedruckt, auf Onlinedienste eingespeisen, für Dritte nicht frei verfügbar sind. Der Inserent überträgt dem Verlag das Recht, jede irgendwie quartale Verwendung dieser Inserate mit dem geeigneten Mittel zu untersagen.

Ein Mitglied des

**pool**  
Ein Angebot von Tamedia

## Wer zu oft fehlt, riskiert sein Geld

**Kanton Bern** Asylsuchende, die zu häufig nicht in ihrer Unterkunft schlafen, setzen die Tagespauschale von 9.50 Franken aufs Spiel.

Wer im Kanton Bern in einem Asylheim wohnt, wird seit Anfang Oktober strenger kontrolliert. Genauer: Es wird detaillierter als früher Buch darüber geführt, wer wann anwesend ist und im Durchgangszentrum übernachtet. Der kantonale Migrationsdienst (Mid) hat eine neue Anwesenheitsregelung erlassen. Wollen die Asylsuchenden ihr Anrecht auf die Asylsozialhilfe von 9.50 Franken pro Tag nicht aufs Spiel setzen, müssen sie nun mindestens fünfmal pro Woche in der Unterkunft übernachtet, der sie zugewiesen sind. Zudem dürfen die Bewohnerinnen und Bewohner nicht länger als zwei Tage abwesend sein. Das berichtete der «Bund» in seiner gestrigen Ausgabe.

Bei einem Verstoß gegen die neue Weisung drohen Sanktionen von einer schriftlichen Ermahnung bis hin zum Abbruch des Asylverfahrens.

## Harsche Kritik

Die neue Regelung sorgt für rote Köpfe. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe spricht im Artikel von «unverhältnismässigen Freiheitsbeschränkungen» und «rigiden Strafmassnahmen». Auch die Demokratischen Juristinnen und Juristen kommen zu Wort. Sie sehen mehrere Grundrechte verletzt, etwa jenes der Bewegungsfreiheit, und fordern die sofortige Aufhebung der verschärften Regelung.

Der Migrationsdienst kann diese Kritik nicht nachvollziehen. «Die Präzisierung verdeutlicht lediglich, dass nur Sozialhilfeleistungen erhält, wer sie an der angebotenen Stelle in Anspruch nimmt», schreibt das Midl auf Nachfrage dieser Zeitung.

Der Kanton schreibt der neuen Regelung zwei Funktionen zu: Einerseits sei sie ein Steuerungsinstrument, um zu prüfen, ob Steuergelder zweckmässig eingesetzt werden. Andererseits sei sie Teil der Planung der Platzkapazitäten in den Durchgangszentren. «Schlafen die Bewohnerinnen und Bewohner nur gelegentlich in den Kollektivunterkünften, kann davon ausgegangen werden, dass sie nicht mehr vollumfänglich auf Asylsozialhilfe und Betreuung angewiesen sind, sondern durch Freunde und Bekannte unterstützt werden.» In diesen Fällen müsse geprüft werden, ob diese Personen in die Phase 2 übertragen werde. Das heisst, wenn jemand von einer Kollektivunterkunft in eine eigene Wohnung wechselt. Der Kanton hält fest: «Es geht nicht um die Bekämpfung von vermutetem Missbrauch.» (phm)

ANZEIGE

Bauen Sie auch in der Waschküche auf Qualität. OLMA Halle 3

**WYSS MIRELLA**  
Schweizerisch seit 1909

Ein Angebot von Tamedia

041 933 00 74 / wyss-mirella.ch / 6233 Blüren